

Wir wählen Zukunft

Politik und Regierung sind im Krisenmodus. Die Corona-Pandemie hat unseren Alltag, unser Berufsleben und den politischen Diskurs verändert. Die TV-Talkshows stehen ebenso wie die Diskussionen in den sozialen Netzwerken vorwiegend im Zeichen der Krise. Öffentliche Veranstaltungen finden im Superwahljahr 2021 nicht wie gewohnt statt.

Die Chemie- und Pharmaindustrie ist in besonderer Weise gefordert: Sie hat nicht nur akute Nothilfe mit der Desinfektionsmittel-Plattform geleistet sowie das Testen und Impfen ermöglicht, sondern gewährleistet über die Krise hinweg sichere Produktion. Sie hat somit weiterhin Beschäftigung und Wohlstand ermöglicht – trotz maximal erschwelter Bedingungen. Als starkes Industrieland mit wettbewerbsfähigen Produktionsstandorten hat Deutschland eine gute Ausgangsposition, um mit den Folgen der Krise fertig zu werden. Diese Position gilt es auszubauen und zu stärken. Deshalb kommt es jetzt darauf an, die Vorteile, Voraussetzungen und konkreten Vorschläge für optimale Produktionsbedingungen herauszustellen. Auch wir als Chemiebranche wollen klar sagen, was wir brauchen – und was Deutschland nützt. Der Wahlkampf bietet uns die Chance, Prioritäten neu zu diskutieren, um somit eine gute Zukunft für Deutschland mitzugestalten.



Wechsel vom Krisen- in den Wachstumsmodus

Die neue Bundesregierung muss gemeinsam mit der Wirtschaft die Pandemie in den Griff bekommen. Das sind wir all jenen, die weniger gut durch die Krise gekommen sind und vor allem den Jüngeren schuldig. Grundlage dafür sollte Nachhaltigkeit in ihrem engsten Sinne sein: unter gleichrangiger Berücksichtigung von Ökonomie, Ökologie und sozialen Belangen. Dafür brauchen wir Investitionen und Innovationen – etwa für Klimaschutz, den Gesundheitssektor und die Digitalisierung unserer Schulen. Die Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen bieten für all das einen idealen Orientierungspunkt. Doch das alles gibt es nicht zum Nulltarif.

Klimaschutz und Wachstum verbinden

Gerade den Klimaschutz voranzubringen, ist eine Herkulesaufgabe. Was gab es in den vergangenen zwanzig Jahren nicht schon an Zielsetzungen und Regularien! Eines davon: das EEG. Einst als gut gemeinte Starthilfe für die Erneuerbaren konzipiert, hat es sich zu einer bürokratischen Geldschleuder gemausert. Es gehört deshalb abgeschafft. Um Treibhausgasneutralität zu erreichen, muss stattdessen sehr viel Strom aus erneuerbaren Energiequellen zu möglichst niedrigen

Preisen produziert und zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Industrie gesichert werden. Wie das für unsere Branche gelingt, erarbeiten wir mit anderen Schlüsselbranchen und weiteren Stakeholdern in der Plattform Chemistry4Climate. Klar ist schon jetzt: Ein wichtiger Treiber sind innovative Technologien für neue Energietechniken und Produktionsverfahren. Nutzen wir die vor uns liegende Wahl, um diesen und vielen weiteren Innovationen den Weg zu ebnen. Machen wir gemeinsam Zukunft möglich!



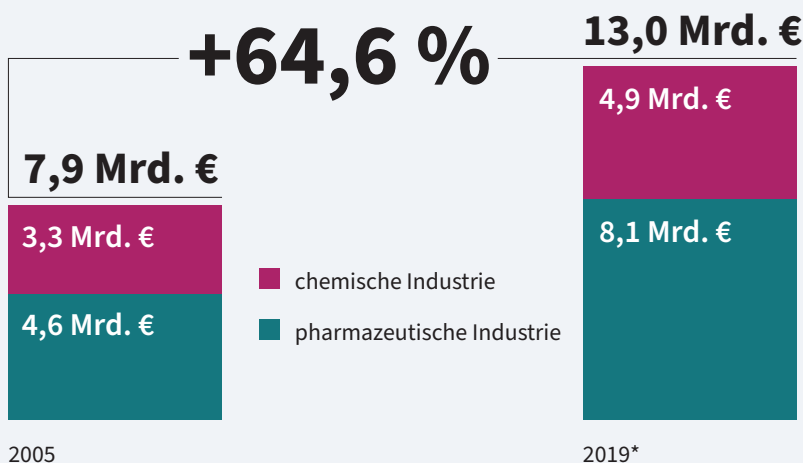
Christian Kullmann

Präsident des Verbands der Chemischen Industrie

Was wir jetzt brauchen – unsere Top 10

Die deutsche Chemie- und Pharma-industrie übernimmt Verantwortung am und für den Standort Deutschland – und das in Zeiten der Pandemie mehr denn je. Mit ihrem Bekenntnis zur Treibhausgas-neutralität bis 2050 und der unermüdlichen Suche nach Lösungen für aktuelle und künftige Herausforderungen stellt die Branche ihre Zukunftsfähigkeit unter Beweis. Gleichwohl sind die Unternehmen auf politische Rahmenbedingungen angewiesen, die ihr hohes Forschungs- und Leistungsniveau wo immer möglich fördern statt behindern. In der nächsten Legislatur können und müssen die dafür richtigen Weichen in zentralen Politikfeldern gestellt werden.

SO VIEL FORSCHUNG WIE NIE
AUFWENDUNGEN FÜR FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG



#ZukunftDurchForschung

* Schätzung; Quellen: Stifterverband, VCI



Energie grüner und günstiger machen

Um die ehrgeizigen Klimaschutzziele bis 2050 zu erreichen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, brauchen wir ein Vielfaches an erneuerbarem Strom zu günstigen Preisen – auch durch eine Reduzierung der Umlagen und Abgaben. Sowohl das aktuelle Umlagen- und Abgabensystem in Deutschland als auch der derzeitige EU-Beihilferahmen sind ungeeignet, um die Transformation zu begleiten. Zusätzliche oder höhere Belastungen müssen verlässlich kompensiert werden. Nur auf dieser Grundlage wird die Industrie den Klimaschutz mit emissionsmindernden Produkten und Technologien voranbringen können.



Fortschritt durch Innovationen vorantreiben

Deutschland braucht mehr Innovationskraft – sei es für den Durchbruch bei der CO₂-armen zirkulären Wirtschaft, für Klimaschutz und Biodiversität oder für eine hocheffiziente und ressourcenschonende Landwirtschaft. Dafür müssen Technologien wie das chemische Recycling, die Wasserstofferzeugung und die Biotechnologie anerkannt und gefördert werden. Zudem müssen ausreichende Ressourcen bereitstehen: Gemessen am BIP sollten Wirtschaft und Staat mittel- bis langfristig 3,5 Prozent in Forschung und Entwicklung investieren. Das gelingt unter anderem durch den Ausbau der steuerlichen Forschungsförderung, zusätzliche Reallabore sowie innovationsfreundliche und langfristig verlässliche Rahmenbedingungen.

Den Pharmastandort stärken

Hochwertige und sichere Gesundheitsversorgung gibt es nur mit einer starken Pharmaindustrie. Damit die Unternehmen massiv in innovative Therapien, Medikamente und Impfungen investieren, müssen Arzneimittel ausreichend vergütet, investitionsfreundliche Anreizstrukturen erhalten und ausgebaut sowie das Preismoratorium beendet werden. Ebenso müssen Gesundheits- und Versorgungsdaten anonymisiert oder pseudonymisiert allen Forschungseinrichtungen – öffentlich wie privat – zugänglich gemacht werden.



Genehmigungsverfahren modernisieren und rechtssicher gestalten

Effiziente Genehmigungsverfahren sind die Basis für eine erfolgreiche Industrie. Sie müssen praktikabel und unbürokratisch sein. Dringend notwendig ist daher ein Planungsmodernisierungsgesetz, das alle Prozesse zusammen mit der Industrie von Grund auf neu denkt und aufsetzt. Die Digitalisierung von Genehmigungsverfahren kann dabei unterstützen, darf aber kein Selbstzweck sein: Eine erweiterte Transparenz von Daten – etwa durch eine ungeschützte Internetveröffentlichung aller Unterlagen – darf damit nicht einhergehen.

Denn dadurch würde die Sicherheit vertraulicher Informationen gefährdet. Die Verfahren müssen Rechtssicherheit bieten, um Investitionen in Deutschland zu fördern.



Mittelstand durch Bürokratieabbau stärken



Gerade mittelständische Unternehmen sind auf einen verständlichen und möglichst einfachen Rechtsrahmen angewiesen. Die seit Jahren anhaltende Tendenz, durch neue politische Projekte die Regulierungsdichte zu erhöhen, muss deshalb umgekehrt werden. Zudem sollten EU-Richtlinien 1:1 in nationales Recht umgesetzt werden, um Wettbewerbsverzerrungen sowie unnötige zusätzliche Bürokratie zu vermeiden.

Green Deal und Chemikalienstrategie für Wettbewerbsfähigkeit nutzen

Der Green Deal muss zu einer Wachstumsstrategie entwickelt und von einer kraftvollen Industriepolitik unterstützt werden. Dazu müssen die Elemente des Green Deal – etwa die EU-Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit – die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Industrie stärken. Der bisherige Fokus auf Zielvorgaben muss abgelöst werden durch klare Fahrpläne, wie diese Ziele erreicht werden sollen und welche Rahmenbedingungen dafür erforderlich sind.



Digitalisierung und Infrastruktur verbessern

Im digitalen Bereich muss in Deutschland der Breitbandausbau deutlich Fahrt aufnehmen. Datenökonomie und ausreichende Kapazitäten für High-Performance-Computing sind Schlüssel für Innovationen. Wir brauchen bis 2025 ein Netz, das schnell, flächendeckend und stabil ist. Es ist Zeit für eine wirklich nachhaltige Verkehrswende für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Dazu ist der Ausbau der Verkehrssträger voranzutreiben und nach wirtschaftlicher Bedeutung zu priorisieren. Integrierte Verkehrskonzepte müssen stärker berücksichtigt werden. Bahn und Binnenschiff sind durch Knotenpunkte zu verknüpfen.



WESTLICHE INDUSTRIELÄNDER VERLIEREN ANTEILE

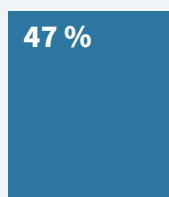
ANTEILE AN ALLEN CHEMIE- UND PHARMAPATENTANMELDUNGEN DER ACHT WELTWEIT FÜHRENDEN NATIONEN

■ Westliche Länder

(USA, Deutschland, Frankreich, Großbritannien)



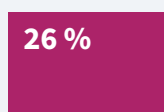
2005



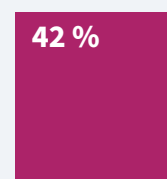
2018

■ Asiatische Länder

(Japan, China, Südkorea, Indien)

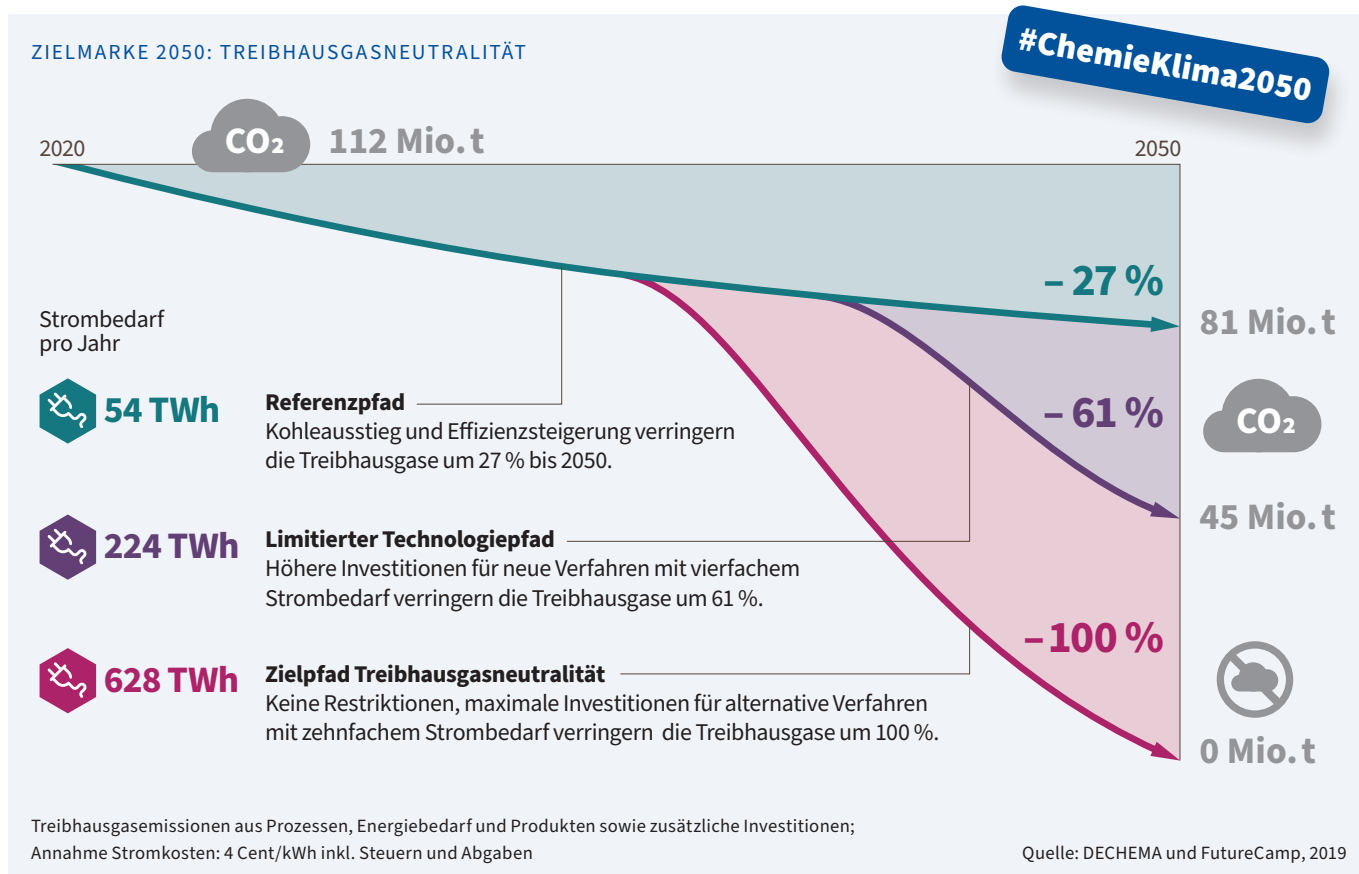


2005



2018

Quellen: WPI-Berechnungen des Fraunhofer-ISI und NIW, VCI



Die deutsche Chemie- und Pharmaindustrie kann ihren Treibhausgasausstoß bis 2050 fast vollständig reduzieren – wenn sie große Mengen emissionsfreien Stroms möglichst günstig nutzen kann. Die Branche rechnet dafür ab den 2030er Jahren mit einem Strombedarf, der in etwa der heutigen Stromproduktion Deutschlands entspricht. Die potenzielle Entwicklung wurde anhand von drei Szenarien („Pfad“) untersucht.

Hochwertige Ernährung mit moderner Landwirtschaft sichern

Landwirtschaft ist für eine sichere Lebensmittelversorgung systemrelevant – und mit ihr die gesamte Wertschöpfungskette. Damit Deutschland auch in Zukunft auf einen leistungsfähigen Agrarsektor bauen kann, der die richtige Balance zwischen Produktivität und Biodiversität findet, brauchen die Betriebe Zugang zu optimiertem Saatgut, modernen Pflanzenschutzmitteln, Mineraldünger und Biostimulanzen. Bei der Zulassung muss Wissenschaftlichkeit der relevante Maßstab sein.

Für Freihandel starkmachen

Deutschland lebt vom Export und Import und ist auf freie Märkte sowie den ungehinderten Zugang zu Wachstumsregionen und Rohstoffen dringend angewiesen. Regeln für einen fairen Wettbewerb und Fortschritte bei der weltweiten Handelsliberalisierung setzen wichtige Wachstumsimpulse. Der Schutz geistigen Eigentums muss auf den Märkten gestärkt werden. Innerhalb der Europäischen Union, dem Heimatmarkt der deutschen Industrie, darf der Binnenmarkt nicht durch neue nationale Grenzen fragmentiert werden.

Im Steuerwettbewerb bestehen

Steuern und Abgaben sind die wichtigste Quelle zur Erfüllung staatlicher Aufgaben. Unternehmen tragen dazu maßgeblich und langfristig bei und finanzieren so große Teile des Gemeinwesens. Deutschland ist Schlusslicht im internationalen steuerpolitischen Wettbewerb. Deshalb braucht es eine Unternehmensteuerreform, um den Anschluss nicht ganz zu verlieren. Außerdem darf die Unternehmenssubstanz auch weiterhin nicht besteuert werden, müssen die Sozialabgaben stabil gehalten werden und braucht es auf internationaler Ebene verbindliche Streitbeilegungsmechanismen in allen Doppelbesteuerungsabkommen.



Diese und weitere Empfehlungen für einen starken Industriestandort finden Sie auf www.vci.de

Den globalen Nachhaltigkeitszielen verpflichtet

Nachhaltigkeit ist für die deutsche Chemie- und Pharmaindustrie keine Vision, sondern schon längst konkrete Handlungsanleitung an ihren nationalen und internationalen Standorten.

Die Branche versteht die „Sustainable Development Goals“ der Vereinten Nationen als klaren Auftrag, sich stetig zu verbessern: Denn neben vielen positiven Aktivitäten, wie etwa die Erforschung und Entwicklung neuer Arzneimittel, verursacht sie auch potenziell negative Auswirkungen – zum Beispiel durch den Ausstoß von Treibhausgasen, der gemindert oder gar abgewendet werden sollte.

Die Transformation in eine nachhaltige Wirtschaftsweise hat für die deutsche Chemie- und Pharmaindustrie viele Facetten: Sie investiert in den Umweltschutz, erhöht ihre Energieeffizienz und bekennt sich zum Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2050. Sie trägt mit Produkten und Verfahren dazu bei, dass Ressourcen geschont werden und die Kreislaufwirtschaft vorankommt. Zudem treibt die Branche Initiativen zur finanziellen Förderung nachhaltigen Wirtschaftens, wie Green Bonds und Sustainable Finance, sowie Verbesserungen im Lieferkettenmanagement mit voran.

Gerade in der Corona-Krise haben die Unternehmen ihr Bekenntnis zur sozialen Dimension der Nachhaltigkeit unter Beweis gestellt, indem sie mit kreativen Ideen den Großteil ihrer Mitarbeitenden und Dienstleistungsbetriebe beschäftigt gehalten und so auch zur gesellschaftlichen Stabilität während der Lockdown-Phasen beigetragen haben.

MIT INNOVATIVEN LÖSUNGEN DER CHEMIEINDUSTRIE KÖNNEN WIR WESENTLICHE NACHHALTIGKEITSZIELE ERREICHEN



Quelle: World Business Council for Sustainable Development

Impressum

Herausgeber Verband der Chemischen Industrie e. V., Mainzer Landstraße 55, 60329 Frankfurt am Main, vci@vci.de, www.vci.de, twitter.com/chemieverband
Redaktionsschluss 12. März 2021 **Verantwortlich** Jenni Glaser **Agenturpartner** Köster Kommunikation, GDE Kommunikation gestalten